

Postulat

über eine Frauenquote in Strategie- und Aufsichtsgremien der öffentlichen Hand

eröffnet am 17. März 2015

Der Regierungsrat wird beauftragt, sicherzustellen, dass in allen Strategie- und Aufsichtsgremien (Verwaltungs-, Stiftungs-, Beiräte und übrige vergleichbare Gremien), die in seiner Wahlbefugnis liegen, Frauen und Männer zu mindestens je 30 Prozent vertreten sind.

Begründung:

Der Bundesrat plant für alle börsenkotierten Unternehmen eine Frauenquote von 30 Prozent. Den-selben Prozentsatz setzte er schon vor einem Jahr als Zielvorgabe für die bundesnahen Betriebe. 44 Jahre nach Annahme des Frauenstimmrechts und 34 Jahre nach Einführung des Lohngleichheitsartikels sind weitere Schritte überfällig.

Im Kanton Basel-Stadt beschloss die Stimmbevölkerung eine Frauenquote von 30 Prozent in staats-nahen Betrieben. Sie bestätigte damit mit deutlichem Mehr einen Beschluss von SP, Grünen, GLP und FDP im Basler Parlament. Auch in Luzern gibt es genügend kompetente Frauen. Leider sind sie in wichtigen Gremien immer noch massiv untervertreten. Die oft propagierte Freiwilligkeit einer ausge-wogenen Geschlechtervertretung funktioniert offensichtlich nicht. Auch der gescheiterte Lohngleich-heitsdialog und die nicht umgesetzten Empfehlungen von Economiesuisse (eine Frau pro Verwal-tungsrat) belegen deutlich, dass Freiwilligkeit in die Sackgasse führt. Deshalb braucht es nun endlich wirksame Massnahmen.

Lorenz Priska namens der SP/Juso-Fraktion